

## Visapflicht gegen Prostitution bei Fußball-WM

EU-Kommission will mit Verschärfung Frauenhandel Riegel vorgeschoben - Konvention gegen Menschenhandel erst von 25 Europaratsmitgliedern ratifiziert



Sexueller Sklaverei mittels verschärfter Visaregeln Einhalt gebieten will die EU-Kommission.

Brüssel/Straßburg - Mit einer Visapflicht für Menschen aus Osteuropa und anderen Ländern will die EU-Kommission dem Frauenhandel zur Fußball-Weltmeisterschaft einen Riegel vorschieben. "Wir müssen vorübergehende Visa für alle Drittländer einführen oder wieder einführen, die mögliche Herkunftsländer im Handel mit Frauen und Kindern sind", sagte EU-Justizkommissar Franco Frattini am Mittwoch in Brüssel. Das gelte auch für Reisende aus Ländern, von denen Deutschland und andere Schengenstaaten bisher kein Visum verlangen.

### Petition gegen Zwangsprostitution

Frattini reagierte damit auf die Sorge, die Zwangsprostitution könnte am Rande des Fußball-Ereignisses aufblühen. Europarat und Frauenrechtlerinnen hatten ein rasches Vorgehen dagegen gefordert. Während der WM bestehe eine "deutlich erhöhte Gefahr der Zunahme von Frauenhandel und Zwangsprostitution", sagte der Präsident der Parlamentarierversammlung des Europarates, Rene van der Linden, in Straßburg. In Brüssel warben Frauenrechtlerinnen am Internationalen Frauentag gemeinsam mit der Sozialistischen Partei Europas (SPE) für eine Petition gegen Zwangsprostitution während der WM.

Kommissar Frattini sagte, für die EU-Kandidatenländer Rumänien und Bulgarien werde keine Visumpflicht eingeführt. Dies gelte aber für andere osteuropäische Länder wie auch für Lateinamerika, Asien und Afrika südlich der Sahara. "Dies sind die Regionen, aus denen Frauen verschleppt und zur Prostitution gezwungen werden", sagte Frattini. Betroffen wären auch die Ukraine und Russland, obwohl der Kommissar sie nicht ausdrücklich nannte. Viele Prostituierte in Deutschland kommen von dort oder aus Bulgarien, Rumänien und Polen.

### Konvention gegen Menschenhandel

Der niederländische Christdemokrat Van der Linden sagte, Deutschland solle "mit gutem Beispiel voran gehen" und die Konvention gegen Menschenhandel in Europa ratifizieren. Bisher haben erst 25 der 46 Europaratsmitglieder die Konvention unterzeichnet. Der Europarat schätzt die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa auf bis zu 500.000 Frauen und junge Mädchen.

## **Schwedische Gangart**

Die Vizevorsitzende der SPE-Frauen, Inger Segelström, verlangte die Bestrafung von Freiern nach schwedischem Vorbild. "Ich sehe keine andere Lösung, um die Zwangsprostitution wirksam zu bekämpfen", sagte die Europa-Abgeordnete. "Mehr als 80 Prozent der Frauen, die in Deutschland und den Niederlanden in der Prostitution arbeiten, wurden "importiert"." Im Menschenrechtsausschuss des Europa-Parlaments sei eine Mehrheit der Abgeordneten dafür, die Kunden von Prostituierten zu bestrafen. Der schwedische Justizminister Thomas Bodström hatte Deutschland unlängst ein solches Vorgehen empfohlen.

## **Schnelle Lösung gefordert**

"Tausende Frauen und Mädchen werden zur Weltmeisterschaft nach Deutschland verschleppt", sagte die Vorsitzende der SPE-Frauen, Zita Gurmai. Viele PolitikerInnen seien besorgt, dass sich die WM weniger um den Fußball als um die Zwangsprostitution drehen werde. "Das wäre schlecht für den Fußball und schlecht für Deutschland." Europas Sozialdemokratinnen wollten aber nicht locker lassen: "Wir wollen eine schnelle Lösung." Die SPE-Frauen würden ihre Forderung so lange erheben, bis in Deutschland konkrete Taten folgten. "Sexuelle Sklaverei" müsse bekämpft werden, verlangten sie. (APA/dpa)